

<http://www.rheinischer-merkur.de/index.php?id=43025>

Drucken

» Fenster schließen

Datum: 24.06.2010

HANNELORE KRAFT

Das Prinzip Hoffnung

Nordrhein-Westfalens SPD-Chefin will mit einer Minderheitsregierung die Linke bändigen und Schwarz-Gelb spalten. Ihre Glaubwürdigkeit leidet kräftig darunter.

■ VON KATJA WILKE

Immer wieder dieselben Schlagworte: „Klare Kante“ wolle sie zeigen, versicherte Hannelore Kraft Journalisten in Berlin vor ein paar Tagen mehrfach. Sie war gut gelaunt. „Vom Ende her“ denke sie, sagte die nordrhein-westfälische SPD-Chefin, „Schritt für Schritt“ werde sie jetzt vorgehen. Patent und geradlinig gab sich die ehemalige Unternehmensberaterin, ganz so, wie sie bereits im Wahlkampf aufgetreten war.

Doch spätestens seit vergangener Woche ist für viele Beobachter das Bild der souveränen, abwägenden, zielorientierten Politikerin in sich zusammengefallen. Nachdem Kraft bis zum Mittwoch immer wieder beteuert hatte, warum eine rot-grüne Minderheitsregierung im Westen derzeit nicht der richtige Weg sei, überraschte sie einen Tag später mit der Ankündigung, nun doch ein solches Bündnis bilden zu wollen. Am 13. oder 14. Juli möchte sie sich zur nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin wählen lassen.

Was Kraft plant, kann rein rechtlich gesehen klappen und theoretisch sogar bis zum nächsten regulären Wahltermin in fünf Jahren halten. Um Regierungschefin zu werden, bräuchte sie in einem möglichen vierten Wahlgang nicht einmal die Stimmen der Linkspartei. Sie kann sich auch, wie geplant, für jedes Gesetzesvorhaben wechselnde Mehrheiten im Landtag suchen. Nicht einmal bei der Aufstellung des Haushalts stößt die rot-grüne Allianz nach Meinung von Rechtsexperten an Grenzen: Sofern sich die Linkspartei enthält, reicht der Regierung die relative Mehrheit.

Doch in der Praxis steht Kraft ein zermürender Prozess bevor, der von ihr Fähigkeiten fordert, mit denen die 49-Jährige in den vergangenen Wochen nicht glänzen konnte: Verhandlungsgeschick; die Kunst, Gegner einzubinden und zu motivieren; und die Gelassenheit, starkem Widerstand zu trotzen.



WEG NACH OBEN: Die Bundes-SPD drängte Hannelore Kraft, sich zur Regierungschefin wählen zu lassen. Foto: Henning Kaiser/ddp

Um Mehrheiten für wichtige Gesetzesvorhaben wie die Abschaffung der

Studiengebühren zu bekommen, muss sie sich entgegen aller Versprechungen aus dem Wahlkampf auf die Linken einlassen. Kraft hoffe, so heißt es unter Parteikollegen, dass sich die radikale Truppe im Alltag abschleife. Gleichzeitig möchte sie Schwarz-Gelb inhaltlich nach und nach spalten und möglicherweise doch noch auf eine Ampelkoalition zusteuern.

Doch das rot-grüne Minderheitsprojekt steht unter keinem guten Stern. Kraft muss ihr Ministerpräsidentenamt unter großem Druck ausüben. Es bedarf keiner seherischen Fähigkeiten, um zu wissen, dass es in der Opposition und der Öffentlichkeit reflexartig zu Vergleichen mit der gescheiterten hessischen Sozialdemokratin Andrea Ypsilanti kommen wird, wann immer die Linkspartei mit Rot-Grün abstimmt.

Kraft wollte diesem Vergleich ausweichen, als sie zaudernd entschied, zunächst in der Opposition zu bleiben und erst dann das Ruder zu übernehmen, wenn im Bundesrat wichtige Abstimmungen anstehen. Vielleicht hatte sie dabei unterschätzt, wie kämpferisch Grünen-Chefin Sylvia Löhrmann ist. Diese äußerte öffentlich ihr Missfallen und baute massiven Druck auf. Ein „Förderprogramm für Politikverdrossenheit“ errichtete Kraft, klagte Löhrmann. Die SPD habe nicht den nötigen Mut. Den beiden Partnern fehlt zur absoluten Mehrheit von 91 Stimmen nur eine einzige. Die Regierung zum Greifen nah und dann ein Rückzieher – das frustrierte viele Grüne.

Auch die SPD-Zentrale in Berlin drängte Kraft. Erst deutliche Fingerzeige aus der Bundes-SPD brachten sie schließlich zum abrupten Umdenken. Ihre zuvor langsam gereifte und abgewogene eigene Entscheidung, zunächst nicht in die Regierungsverantwortung zu wechseln – von einem Tag auf den anderen vom Tisch gewischt. Fremdbestimmt wirkte die studierte Ökonomin, die zuvor noch so selbstbewusst daherkam. Mit ihren lockeren Sprüchen und einem ungekünstelten Auftreten hatte sie immer leicht Zugang zu den Wählern gefunden. Nach einer Wahlanalyse der Forschungsgruppe Wahlen hielt eine Mehrheit Kraft für bürgernäher und sympathischer als ihren CDU-Widersacher Jürgen Rüttgers – und für glaubwürdiger.

Glaubwürdigkeit ist Kraft besonders wichtig. „Inhalte“ wolle sie umsetzen, sagt die verheiratete Mutter eines 17 Jahre alten Sohnes immer wieder, und sich nicht Posten und Dienstwagen sichern. Mit Themen wie Schulpolitik und Kommunalfinanzen konnte sie im Wahlkampf punkten.

Doch ausgerechnet ihre Glaubwürdigkeit hat nun Kratzer bekommen. Es fiel ihr schwer, ihre plötzliche Wende zu erklären. Die offizielle Begründung, die die SPD-Chefin der verdutzten Öffentlichkeit präsentierte, sorgte nicht nur beim politischen Gegner für Kopfschütteln. Der FDP-Landesvorsitzende Andreas Pinkwart hatte in einem Interview gesagt, die schwarz-gelbe Koalition sei formal beendet. Was für viele Ohren eine banale Feststellung war, deutete Kraft als überraschende Aussage, die eine instabile politische Lage in NRW zur Folge habe.

Die Kritik an dieser Begründung weisen Kraft und andere SPD-Politiker zurück.

„Nach dem Pinkwart-Interview hat die Notwendigkeit zu handeln und auch der öffentliche Druck stark zugenommen“, sagt der Bonner SPD-Bundestagsabgeordnete und Fraktionsvize Ulrich Kelber. „Hätte Frau Kraft sich nach dem Zusammenbruch des schwarz-gelben Kabinetts nicht schnell für eine Minderheitsregierung entschieden, wären ihr harte Fragen gestellt worden.“ Auch sein Gelsenkirchener Fraktionskollegen Joachim Poß stellt sich hinter seine Landeschefin: „Wäre Frau Kraft direkt auf eine Minderheitsregierung zugesteuert, hätte sie sich sofort Kraftilanti-Vorwürfen ausgesetzt.“ Wie sie es macht, macht sie es verkehrt – so sieht auch Kraft selbst die Kritik an ihrem Vorgehen.

Eine klarere Strategie würde vermutlich für mehr Verständnis sorgen. Was genau Kraft mittel- und langfristig vorhat, bleibt ihr Geheimnis. Neuwahlen könnten die verfahrenere Situation klären. Erst vor kurzem hatte sich Kraft dagegen ausgesprochen. Was aber angesichts ihrer jetzigen Volte nichts heißen muss. Zumindest auf mittlere Sicht wird es dafür jedoch keine Mehrheit geben, weil die meisten Abgeordneten im Landtag zu viel zu verlieren haben.

Kraft legt ihren Plan nicht offen für den Fall, dass die Minderheitsregierung scheitert. Möglicherweise hat sie auch gar keinen. Einfach mal die Dinge auf sich zukommen zu lassen, so wie sie es jetzt tut, ist allerdings das Gegenteil von klarer Kante.

© Rheinischer Merkur Nr. 25, 24.06.2010

 **Artikel kommentieren**

Empfehlen

Empfehle dies deinen Freunden.